

Arbeitsmarkt und Menschenwürde

Aspekte der Arbeitsmarktpolitik in Schweden

Arbeitsmarktpolitik ist in den fortgeschrittenen Industriestaaten mit Marktwirtschaft, sozialer Sicherheit und Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu einem unentbehrlichen Instrument der Regierungen geworden. Keine demokratische Regierung kann es sich leisten, die Ordnung und den Ausgleich auf dem „Arbeitsmarkt“ einfach „Marktgesetzen“ zu überlassen. Hinzu kommt, daß die freien Gewerkschaften das Recht des Menschen auf Arbeit durchgesetzt haben und eine Politik, die dieses Recht mißachtet, nicht zulassen würden. Als Folge dieser Entwicklung ist die Vollbeschäftigung zu einem der wichtigsten Ziele demokratischer Wirtschaftspolitik geworden.

Die Methoden und damit die Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik dagegen sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Dies wurde auch in den Berichten deutlich, die Gewerkschafter aus den OECD-Ländern auf einem internationalen Gewerkschafts-seminar über aktuelle Arbeitsmarktpolitik gaben, das im September in Wien abgehalten worden ist.

Der nachfolgende Überblick über einige Aspekte *schwedischer* Arbeitsmarktpolitik ist nicht für jene Praktiker gedacht, die sich in erster Linie für die technische Seite der Arbeitsmarktverwaltung interessieren. Hier soll vielmehr hervorgehoben werden, wie sehr die schwedischen Arbeitsmarktpolitiker darauf bedacht sind, bei allen Maßnahmen die Würde und die Interessen des einzelnen Arbeitnehmers nicht zu verletzen. Diese Menschenwürde wird weder rein ökonomischen Zielen noch sogenannten „Forderungen des Arbeitsmarktes“ untergeordnet.

Wenn die beiden Aufgaben — die Betriebe mit Arbeitskräften zu versorgen und für die Arbeitnehmer geeignete Arbeitsplätze zu finden oder zu schaffen — miteinander kollidieren, dann haben stets die Interessen der Arbeitnehmer Vorrang. Ob dieses Verhalten der schwedischen Mentalität entspricht, das Ergebnis eines Erziehungsprozesses ist oder auf die Stärke der Gewerkschaften zurückgeführt werden kann, mag dahingestellt bleiben.

Geformt wird diese Politik vom Arbeitsmarktausschuß, an dessen Spitze ein Generaldirektor steht. Dem Ausschuß gehören Vertreter der Regierung an, der Gewerkschaft und der Arbeitgeberverbände. Die weiblichen Arbeitnehmer und die Landarbeiter können weitere Vertreter in diesen Ausschuß entsenden.

Als Unterorganisationen gibt es 25 Provinzialausschüsse, in denen ebenfalls Gewerkschafter und Arbeitgebervertreter mitarbeiten. Das wichtigste Instrument des Arbeitsmarktausschusses sind die Arbeitsämter in fast 1000 Kreisen des Landes. Dieser gut ausgebaute Apparat hat die höchste Zahl an Mitarbeitern von allen OECD-Ländern.

Freizügigkeit als Programm

Als Ziel der Wirtschaftspolitik nennt der Schwedische Gewerkschaftsbund *Landesorganisationen i Sverige* (LO) eine „dauerhafte und rasche wirtschaftliche Expansion, die es ermöglicht, die Freiheit und Sicherheit im eigenen Lande zu gewährleisten und auszubauen, die Bestrebungen der Entwicklungsländer zu unterstützen und die Demokratie im Machtkampf der politischen Systeme erfolgreich zu verteidigen“. Im einzelnen zählen die Wirtschaftspolitiker der LO auf: Vollbeschäftigung und volle Ausnutzung der produktiven Hilfsquellen, freie Konsumwahl bei gleichzeitiger Förderung des sozialen Gleichgewichts, gleichmäßiger Verteilung der Einkommen und des Besitzes und Produktionsformen sowie ein Arbeitsmilieu, die auf die Bedürfnisse, das Wohlergehen

und die Anpassung der in der Produktion beschäftigten Arbeitskräfte besser abgestimmt sind.¹⁾

Zu dem Instrumentarium, das die Regierung zur Erreichung dieser Ziele einsetzt, gehört u. a. die „aktive Arbeitsmarkt- und Lokalisierungs politik“. Darunter verstehen die schwedischen Wirtschaftspolitiker die ständige Anpassung des Produktionsapparates an die sich ändernden Bedingungen, „die immer notwendiger Konzentration der Produktionseinheiten ... sowie die Versorgung der dichtbesiedelten und expandierenden Gebiete mit Arbeitskraft vom Land“. ²⁾

Ihre wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzung und nicht zuletzt die kostspielige bewaffnete Neutralitätspolitik zwingt die Schweden dazu, die Produktionsfaktoren in ihrem Land so optimal wie möglich aufeinander abzustimmen. Sie bemühen sich, wie LO feststellt, „Voraussetzungen zu schaffen, unter denen eine größere Freizügigkeit der Arbeitskraft ohne soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten für den einzelnen möglich wird. Der strukturelle Umwandlungsprozeß in der Wirtschaft kann nur dann in einer mit unseren sozialen Forderungen zu vereinbarenden Weise vorangetrieben werden, wenn der einzelne Arbeiter und Angestellte wirklich Möglichkeiten hat, Arbeit, Arbeitsplatz und Wohnung frei und ungehindert zu wählen und zu wechseln und er sich infolge der lockenden Aussichten, die ihm eine Veränderung bietet, auch dazu veranlaßt sieht.“³⁾

Alle Informationen und Berichte, vor allem aber die Höhe der Mittel, die die Regierung für diese Politik bereitstellt, bestätigen überzeugend, daß die genannten Voraussetzungen des Gewerkschaftsbundes keineswegs fromme Wünsche weltfremder Menschenfreunde sind. Im Haushalt 1963/64 wurden 595 Mill. Schwedenkronen (skr) für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt, 140 Mill. skr mehr als im Jahr zuvor.⁴⁾ Dabei kennt man in Schweden seit 1943, abgesehen von dem wenig industrialisierten Norden des Landes, Arbeitslosigkeit nur als vorübergehende und regional begrenzte Auswirkung von Strukturveränderungen oder Anpassungen an die Konjunktorentwicklung auf dem Weltmarkt.

Die Ziele der Arbeitsmarktpolitik lassen sich auf die zwei bereits genannten reduzieren, die — wie man zugeben muß — leicht miteinander kollidieren können:

- a) Versorgung der Betriebe mit Arbeitskräften,
- b) für jeden Menschen den richtigen Arbeitsplatz zu finden.

Die erste Aufgabe ist eine ökonomische, der in einer Zeit der Vollbeschäftigung und der Hochkonjunktur besondere Bedeutung zukommt, weil mit ihrer richtigen Lösung auch inflationistischen Tendenzen entgegengewirkt werden kann. Die zweite ist überwiegend humanitär und sozial motiviert. Sie schließt ein die Rehabilitation, d. h. die sinnvolle Einbeziehung von körperlich geschädigten Menschen in den Arbeitsprozeß. Die physisch und psychisch Benachteiligten sollen auf eine Weise in das Arbeitsleben eingeordnet werden, die diesen Menschen das Gefühl gibt, an ihrem Platz wertvolle Arbeit leisten zu können. Daß auch diese Maßnahmen zur Steigerung der Produktion beitragen können, wird von den Arbeitsmarktpolitikern immer wieder hervorgehoben.

Das schwedische Staatsgebiet ist mit 449 750 Quadratkilometern fast so groß wie die Bundesrepublik. Die Entfernung zwischen dem nördlichsten und südlichsten Punkt des Landes beträgt 1577 km. In diesem Riesengebiet leben rd. 7,5 Millionen Menschen. Das sind 17 auf einen qkm gegenüber 220 in der Bundesrepublik. Die Bevölkerung

1) Koordinierte Wirtschaftspolitik, Auslandsinformationen des Schwedischen Gewerkschaftsbundes, S. 5 f.

2) A. a. O. S. 7.

3) A. o. O. S. 6 ff.

4) The Swedish Budget 1963/64, a Summary Published by the Ministry of Finance, Stockholm 1963.

Schwedens ist allerdings sehr ungleichmäßig über das Land verteilt. Im südlichsten Regierungsbezirk leben 135 Menschen auf einem qkm, im nördlichsten nur 3. Zwei Drittel der Bevölkerung wohnen im Süden des Landes und nicht weniger als 51 vH in den Städten, obwohl nur Stockholm, Göteborg und Malmö mehr als 100 000 Einwohner haben. Die Zahl der Arbeitnehmer beträgt etwa 3,5 Millionen. Darunter sind rd. 125 000 ausländische Arbeitskräfte — vorwiegend aus Finnland, Dänemark und Norwegen.

Diese 3,5 Millionen Beschäftigten haben 1962 ein Sozialprodukt im Werte von 75 Mrd. skr erarbeitet. Ein Fünftel davon wurde exportiert. Fast 70 vH des Exports geht in Länder der EFTA und der EWG, aus denen auch rund 65 vH der schwedischen Einfuhren kommen, deren Wert sich 1961 auf 15 116 Mrd. skr belief. Die Außenhandelsituation zwingt die schwedische Wirtschaft zu einer ständigen und schnellen Anpassung an veränderte Nachfragen auf dem Weltmarkt. Der Produktionsapparat muß immer dem neuesten Stand der Technik entsprechen, wenn man der scharfen Konkurrenz gewachsen sein will. Die Automation wird selbstverständlich überall dort eingeführt, wo sie zur Steigerung der Produktivität beitragen kann. Aber ebenso selbstverständlich ist es, und das beweist die Arbeitsmarktpolitik, daß die Männer und Frauen, die durch den technischen Fortschritt ihren Arbeitsplatz verlieren, keine materiellen Nachteile erleiden dürfen, daß ihr sozialer Standard nicht verschlechtert werden darf.

Berufsausbildung für Erwachsene

In einer vollbeschäftigten Wirtschaft, davon gehen die schwedischen Arbeitsmarktpolitiker aus, sind immer etwa 3 vH der Arbeitskräfte zeitweilig arbeitslos.

In diesem Anteil ist einmal die übliche Fluktuation enthalten, mit der man auf einem Arbeitsmarkt mit Freizügigkeit rechnen muß. Weiter gehören dazu Arbeitskräfte aus Gebieten, in denen kein ausreichendes Angebot offener Stellen besteht. Bekanntlich schließt Vollbeschäftigung nicht aus, daß in bestimmten Regionen eine strukturelle Arbeitslosigkeit weiterbesteht. In Schweden gibt es im Norden des Landes solche Gebiete. Sodann gehören dazu jene Arbeitnehmer, die infolge von Strukturveränderungen ihren alten Arbeitsplatz verloren haben und umgeschult werden müssen. Außerdem schließt der Satz von 3 vH Männer und Frauen mit besonderen Anpassungsschwierigkeiten ein, für die entsprechende Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Die Ansprüche an das Sozialprodukt können nur erfüllt werden, wenn die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates ständig gesteigert wird. Das bedeutet, die knappen Arbeitskräfte müssen immer an die produktivsten Arbeitsplätze in den ertragreichsten Wirtschaftszweigen gelangen.

Die Schweden zeigen keine Neigung, weniger leistungsfähige Industrien durch Subventionen zu erhalten und wirtschaftliche Naturschutzparks zu schaffen. Auch die Gewerkschaften denken nicht daran, durch eine zurückhaltende Lohnpolitik wenig leistungsfähige Betriebe auf Kosten der Arbeiter zu subventionieren. Ansätze zu einer Unterstützung der Werftindustrie durch die Regierung sind beispielsweise auf heftige Kritik gestoßen.

Diese Haltung führt unvermeidlich zur Freisetzung von Arbeitnehmern; bestimmte Berufe und Wirtschaftszweige verlieren an Bedeutung oder verschwinden ganz; gleich zeitig entstehen neue Berufe und neue Arbeitsplätze in den wachsenden Industrien.

Aufgabe der Arbeitsmarktpolitiker ist es, diese Entwicklung nicht dem Zufall zu überlassen.

Die Schweden sprechen nicht von Umschulung, sondern zutreffender von „*Ausbildung für Erwachsene*“. Sie hilft dem einzelnen Arbeitnehmer, der sonst leicht ein Opfer des technischen Fortschritts werden könnte. Sie ist aber darüber hinaus ein wichtiges Hilfsmittel, um einen ausgeglichenen Arbeitsmarkt zu erreichen.

Für die Ausbildungsprogramme sind in der Regel die Berufsorganisationen verantwortlich. Die Gewerkschaften wirken also bei ihrer Aufstellung mit und können so die Interessen ihrer Mitglieder weitgehend berücksichtigen. Die Kosten für die Ausbildung werden von der Arbeitsmarktverwaltung getragen, aber auch die Firmen, die Vorteile aus dieser speziellen Form der Erwachsenenbildung ziehen, leisten einen Beitrag.

Die Arbeitsmarktverwaltung vereinbart — soweit dies möglich ist — mit den Firmen, die infolge von Einschränkungen oder Umstellung der Produktion einen Teil ihrer Arbeitnehmer nicht weiterbeschäftigen können, daß die berufliche Erwachsenenbildung für die Betroffenen in den Betrieben stattfindet, in denen sie bis dahin gearbeitet haben. Die betroffenen Frauen und Männer erhalten so in den ihnen vertrauten Räumen ihre zusätzliche Ausbildung. Für den Erfolg dürfte das von erheblicher Bedeutung sein. An die Teilnehmer der Ausbildungslehrgänge wird eine Unterstützung gezahlt, die so bemessen ist, daß sie den Lebensstandard ihrer Familie aufrechterhalten können.

In diese Regelung sind bisher vor allem Bergwerke, Sägemühlen, Bekleidungs- und Maschinenfabriken einbezogen worden. Betriebe aus Industrien also, die entweder von strukturellen Veränderungen betroffen waren, konjunkturellen Schwankungen stärker unterliegen oder in denen der technische Fortschritt ein besonders schnelles Tempo angenommen hat.

Mit der Berufsausbildung für Erwachsene wurde 1957 begonnen. Damals waren es 55 Kurse für 14 verschiedene Fachrichtungen mit 634 Teilnehmern. 1962 wurden 694 Kurse durchgeführt, deren Dauer zwischen einem und 22 Monaten lag. An ihnen nahmen insgesamt 20 000 Personen teil. Die Pläne für 1963 sahen eine Beteiligung von etwa 35 000 Arbeitnehmern vor, das sind rd. 1 vH der Beschäftigten. Dafür hatte die Regierung insgesamt 125 Millionen skr. bereitgestellt. Die von der Arbeitsmarktverwaltung angestrebte Zahl wurde jedoch nicht erreicht; es waren nur 30 000, die von den Einrichtungen der beruflichen Erwachsenenbildung Gebrauch machten.

Inzwischen hat sich der technische Fortschritt beschleunigt. Berechnungen haben ergeben, daß in Schweden künftig 2 vH der Beschäftigten, also 70 000 Arbeitnehmer, jedes Jahr in die berufliche Erwachsenenbildung einbezogen werden müßten, wenn alle durch technische Neuerungen und Automation freigesetzten Frauen und Männer an einem anderen Arbeitsplatz wieder produktiv beschäftigt werden sollen.

Die Berufsschulen, so meinte ein Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei bedauernd, würden mit dieser Aufgabe leider nicht fertig. Ihre Ausbildungsmethoden seien zu konservativ und entsprächen nicht den Anforderungen, die die Industrie an ihre Mitarbeiter stellt.

Zu bemerken bleibt noch, daß in Schweden die berufliche Erwachsenenbildung nicht nur im Sinne einer technischen Ausbildung verstanden wird. So kann z. B. ein arbeitsloser Angestellter, der sonst keine günstige Chance für seine berufliche Weiterentwicklung sieht, auf Kosten des Staates an der Universität studieren. Für seinen und den Unterhalt seiner Familie sorgt in dieser Zeit die Arbeitsmarktverwaltung. Daß dieser Angestellte nach einem erfolgreichen Studienabschluß leichter eine Beschäftigung findet, die seinen Fähigkeiten entspricht, ihn zufriedenstellt und ihm außerdem ein höheres Einkommen sichert, braucht kaum bewiesen zu werden.

Für das Programm der beruflichen Erwachsenenbildung gilt in Schweden dasselbe Prinzip wie für alle anderen Schulen. Sie sollen den Menschen in jedem Lebensalter in die Lage versetzen, eine Entscheidung zu treffen; dabei sollen die Fähigkeiten und die Interessen des Betroffenen ausschlaggebend sein, nicht seine finanziellen Möglichkeiten.

Die großen Privatunternehmer haben übrigens aus diesem Teil der Arbeitsmarktpolitik praktische Konsequenzen gezogen. Sie haben für ihre Arbeitnehmer Schulen und Ausbildungseinrichtungen geschaffen und wenden dafür erhebliche Mittel auf. Aber auch hier können wir sicher sein, daß die Rentabilität dieser Aufwendungen garantiert ist.

Wirtschaftsdynamik bedingt Mobilität

Der Begriff der Umsiedlung hat bei uns zu Recht eine zwielichtige Bedeutung. In Schweden ist diese Umsiedlung, der Zug zum Süden, seit Beginn der Industrialisierung zu verzeichnen. Die geographische Mobilität, d. h. die Bereitschaft der im Norden Schwedens wohnenden Familien, sich eine neue Heimat im Süden oder in Mittelschweden zu suchen, ist seit dieser Zeit eine gewohnte Erscheinung. Aber eine zielbewußte Förderung dieser Bereitschaft ist erst seit einigen Jahren festzustellen. Dabei bleibt die freie Entscheidung der Betroffenen selbstverständliche Voraussetzung. Sie wird nur durch Anreize verschiedener Art gefördert.

Dieser Bereitschaft stehen normalerweise finanzielle, persönliche, institutionelle und psychologische Hindernisse entgegen. Sie zu überwinden ist die Hauptaufgabe jener Behörden, denen innerhalb der Arbeitsmarktverwaltung diese Aufgabe übertragen worden ist. Nach ihren Erfahrungen entstehen die meisten Schwierigkeiten durch falsche Informationen. Kaum ein Arbeitnehmer weiß genau, welche Möglichkeiten sich ihm in einem anderen Bezirk des Landes bieten. Das gilt übrigens auch für die berufliche Mobilität; die Chancen eines neuen Berufes sind durchweg ebensowenig bekannt.

Im Norden des Landes stellt sich vor allem die Aufgabe, die dort noch herrschende regionale Arbeitslosigkeit durch die Übersiedlung der betroffenen Arbeitnehmer in andere Gebiete zu bekämpfen. Die Arbeitsämter haben besondere Anstrengungen unternommen, um hier zum Erfolg zu kommen. So wurden Beamte vorübergehend in Orten Nordschwedens stationiert, um die Arbeitslosen in diesen Bezirken besser beraten zu können. Dabei kann sich leichter ein Vertrauensverhältnis bilden, das oft genug ausschlaggebend dafür ist, ob sich ein Familienvater zu einer Übersiedlung aus seinem heimatlichen Lebensbereich in eine völlig andere Umgebung entschließt. 1959 gewährte die Regierung Arbeitnehmern, die sich bereit fanden, Arbeit in einem anderen Bezirk aufzunehmen, eine Starthilfe von 300 skr. Daneben trug sie die Kosten, die den Familien durch die Übersiedlung entstanden. 1962 wurden Sonderzuschüsse bis zu 2000 skr. an Arbeitnehmer gezahlt, die aus einem Bezirk mit außergewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit in einen anderen Bezirk umsiedelten, in dem ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen vorhanden war.

Arbeitslose Männer und Frauen, die einer Umsiedlung grundsätzlich zustimmen, erhalten vom Staat das Reisegeld und einen weiteren Betrag, damit sie in der Lage sind, sich ihren künftigen Wohnort anzusehen. Sie erhalten damit die Möglichkeit, sich nicht nur über ihren evtl. neuen Arbeitsplatz zu informieren, sondern auch die Wohn- und Schulverhältnisse in dem Ort kennenzulernen, der künftig ihre Heimat werden soll. In den meisten Fällen sind es ja Familien, die umsiedeln, und nur dann, wenn Frau und Kinder sich in der neuen Heimat ebenfalls wohl fühlen, wird auch der neue Mitarbeiter, sofern ihm die Arbeitsbedingungen zusagen, mit seinem Arbeitsplatz zufrieden sein.

Wenn das Angebot der Arbeitsmarktbehörde die Zustimmung eines Umsiedlers nicht findet, ganz gleich aus welchen Gründen, dann geht er an seinen alten Wohnort zurück und wartet, bis sich ihm eine bessere Chance bietet. Bei einer Arbeitslosenunterstützung, wie sie in Schweden gezahlt wird, braucht weder er noch seine Familie Not zu leiden.

Bei dieser großzügigen Handhabung der Umsiedlungspraxis kommt es natürlich vor, daß der eine oder andere pfiffige Zeitgenosse die Gelegenheit nutzt, um Schwe-

den auf Kosten der Regierung kennenzulernen. Aber selbst offenkundiger Mißbrauch scheint die Arbeitsmarktpolitiker nicht zu beunruhigen. Ideallösungen, so meinen sie, gibt es nicht, und wenn 70 bis 80 vH der Fälle in Ordnung gehen, dann ist bereits sehr viel gewonnen. Das ist nach ihrer Ansicht immer noch wirtschaftlicher, als wenn sich jeder Arbeitnehmer auf eigene Faust um einen neuen Arbeitsplatz bemüht. Wenn er nämlich erst nach zwei oder drei Monaten feststellt, daß ihm der Arbeitsplatz doch nicht zusagt, oder daß es unmöglich ist, eine Wohnung zu finden, dann wechselt er erneut, und durch diesen Arbeitsplatzwechsel, durch erneute Einarbeitung und den Produktionsausfall entstehen für die Volkswirtschaft wesentlich höhere Kosten, als sie sonst die Arbeitsmarktbehörde aufzubringen hat. Das Entscheidende aber ist, daß bei der Methode der Arbeitsmarktverwaltung die sonst unvermeidliche Unzufriedenheit mit all ihren bedenklichen Folgen für die Menschen und für die Gesellschaft weitgehend vermieden wird.

Tüchtig ist auf die Dauer nur der Glückliche

Das dornigste Problem aber, das die Mitarbeiter des Amtes für Arbeitsmarktverwaltung zu bewältigen haben, ist das der Arbeitsbeschaffung für die Menschen, die spezielle Anpassungsschwierigkeiten haben. Das sind Männer und Frauen mit seelischen und körperlichen Schäden, die in der Vergangenheit oft genug keinen Beruf finden konnten und mehr dahinvegetierten als lebten. Auch hier geht man von der Zahl 35 000 aus, aber 1963 waren es effektiv nur 13 000, die in dieses Programm einbezogen werden konnten. Für sie stellte die Regierung 40 Millionen skr zur Verfügung. Im August 1963 hielt die Organisation der Taubstummen in Stockholm ihren Weltkongreß ab. Auf diesem Kongreß erklärte Ministerpräsident *Tage Erlander*, daß ein Staat erst dann das Recht hat, sich Wohlfahrtsstaat zu nennen, wenn er auch diese Menschen als vollwertige Persönlichkeiten in das Leben der Gesamtheit einbezieht. Für Schweden, das auf diesem Gebiete bereits vorbildliche Leistungen aufweisen kann, bekannte *Erlander*: „Wir beginnen erst damit, diese Aufgabe zu lösen.“

Vor den Teilnehmern eines internationalen Gewerkschaftsseminars meinte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Nils Kellgren*, der in der Arbeitsmarktpolitik tätig ist: „Moderne Sozialpolitik beginnt erst dort, wo es nicht mehr nur darum geht, Geld zu geben. Geld zu geben ist das einfachste. Die wirklichen Probleme beginnen erst dann, wenn die materielle Not beseitigt ist. Hier kommt es darauf an, dem Menschen den Arbeitsplatz zu geben, auf dem er sich nützlich machen kann, eine Tätigkeit für ihn zu finden, die ihn zufriedenstellt. Es geht darum, ihm Aufstiegs- und Entwicklungschancen zu zeigen und ihm die Möglichkeit zu geben, sie auch zu nützen. Wir wissen heute nicht, wie viele Arbeiter am falschen Arbeitsplatz stehen. Sie arbeiten gut, aber sie könnten mehr leisten und würden vor allem glücklicher sein, wenn sie eine andere Tätigkeit oder einen anderen Arbeitsplatz hätten. Dieses Problem aber kann nicht der einzelne Arbeitgeber lösen, sondern nur die Gesellschaft.“

Kellgren gab zu, daß für diese Aufgabe ein neuer Typ von Behörde geschaffen werden muß; die alte Bürokratie ist nicht in der Lage, diese Aufgaben zu lösen. Es geht den Schweden darum, für ihre moderne Arbeitsmarktpolitik Mitarbeiter zu finden, die diese Gedanken in die Praxis umsetzen können.

Hinter diesen — manchen Skeptiker vielleicht utopisch anmutenden — Vorstellungen steckt die Auffassung schwedischer Sozialdemokraten vom Wohlfahrtsstaat. Sie verstehen darunter eine Gesellschaft der Wahlfreiheit, wie es *Tage Erlander* formuliert hat. Der Mensch in dieser Gesellschaft soll wissen, daß er die Möglichkeit hat, jederzeit neu zu wählen, sich neu zu entscheiden und alte Entscheidungen zu revidieren. Wenn er glaubt, daß er im Betrieb oder in der Gesellschaft nicht am richtigen Platz steht,

HORST HELBING

wenn er davon überzeugt ist, eine andere Aufgabe besser bewältigen zu können, dann soll er auch die Möglichkeit haben, gemäß seiner Überzeugung zu handeln.

Das ist, nebenbei, auch eine Politik mit recht realem wirtschaftlichem Hintergrund, Die Förderung der geographischen und beruflichen Mobilität, die Erziehung der Menschen zu einer größeren Bereitschaft, ein Wagnis auf sich zu nehmen, wirken sich in einer dynamischen Gesellschaft immer auch positiv auf die Steigerung der Produktivität aus. So trägt die Arbeitsmarktpolitik wesentlich dazu bei, die schwedische Volkswirtschaft leistungsfähiger zu machen und sie konkurrenzfähig zu halten. 1963 sind in Schweden insgesamt etwa 750 Millionen skr für diesen Zweck bereitgestellt worden. Das sind 20 vH des Sozialetats, aber weniger als ein Prozent des Sozialprodukts. Für das Glück der Menschen wahrlich kein zu hoher Preis!